

Inhalt

I. Das Streikrecht der Beamten	1
1. Gesetzeslage	1
2. Wesentliche Argumente der Klägerin	2
3. Verwaltungsgerichtliche Entscheidung	2
4. Abweisung der Klage	2
5. Fazit	3
II. Neues auf Rehmnetz	4
III. Beamten-Blog	4

von Markus Pferinger

Rechtsanwalt und Korrekturassistent an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft, Ansbach

I. Das Streikrecht der Beamten

Die Diskussion über das Streikrecht der Beamten im Spannungsverhältnis zwischen Art. 9 Abs. 3 GG und Art. 33 Abs. 5 GG hat im Gefolge mehrerer Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (im Folgendem EGMR) wieder an Fahrt aufgenommen.

So nahm insbesondere das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Urteil vom 15.12.2010, Az: 31 K 3901/10.O die Position ein, dass zwar ein Streikrecht der Beamten immer noch ausgeschlossen, jedoch ein dahingehend eingeleitetes Disziplinarverfahren einzustellen sei. Demnach sei zwar letztlich das Verbot aufrecht zu erhalten, jedoch für den Beamten folgenlos.

Nach der hiergegen eingereichten Berufung des Dienstherrn hat das OVG für das Land Nordrhein-Westfalen, Disziplinarsenat mit Urteil vom 07.03.2012, Az: 3d A 317/11.O eine umfangreiche und bis ins Detail begründete Entscheidung getroffen, die klarstellt, dass auch angesichts der neueren Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte das Verbot des Streikrechts bestehen bleibt und insbesondere auch ein Verstoß hiergegen disziplinarrechtlich geahndet werden kann. Hierzu im Folgenden:

1. Sachverhalt

Die Klägerin ist Lehrerin des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie ist Mitglied der Gewerkschaft Erzie-

hung und Wissenschaft (GEW). Anfang 2009 nahm sie nach entsprechendem gewerkschaftlichen Aufruf an Warnstreiks und Kundgebungen angestellter Lehrkräfte teil. Eine Genehmigung erhielt sie hierfür nicht. Daraufhin wurde ein Disziplinarverfahren gegen sie eingeleitet, das zu einer Verhängung einer Geldbuße in Höhe von 1.500,00 € gegen sie führte. Gegen diese Disziplinarverfügung wehrte sich die Klägerin mit der Klage vor dem VG Düsseldorf.



Produktipp

Dr. Torsten von Roetteken/
Christian Rothländer

Hessisches Bedienstetenrecht - HBR
Teil IV: Beamtenrecht



10.026 Seiten
Loseblattwerk in 7 Ordnern
Stand 120. Aktualisierung Juni 2012
wird ca. 6 mal im Jahr aktualisiert

€ 269,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-9811-8

[\[Mehr Info\]](#)

Die umfassende Neukommentierung!
HBR, Teilausgabe IV - Beamten-, Disziplinar- und Richterrecht

2. Wesentliche Argumente der Klägerin

Die Klägerin berief sich auf ihr Grundrecht auf gewerkschaftliche Betätigung gemäß Art. 9 Abs. 3 GG. Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums, Art. 33 Abs. 5 GG, stünden dem nicht entgegen. Der Verfassungsauftrag sei „fortzuentwickeln“. Zudem ergebe sich das Streikrecht aus Art. 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und Entscheidungen des EGMR. Insbesondere sei zwischen Beamten mit hoheitlichen Befugnissen und solchen ohne hoheitliche Befugnisse im Sinne des Art. 33 Abs. 4 GG zu unterscheiden.

3. Verwaltungsgerichtliche Entscheidung

Das Verwaltungsgericht gab der Klägerin im Ergebnis Recht.

Die Disziplinarverfügung sei aufzuheben. Zwar bleibe es bei dem grundsätzlichen Streikverbot. Jedoch sei angesichts des Art. 11 EMRK eine Sanktionierung der Streikteilnahme im Einzelfall unzulässig. Der Eingriff sei nicht „in einer demokratischen Gesellschaft notwendig“. Vielmehr hätte das Disziplinarverfahren eingestellt werden müssen.

4. Abweisung der Klage

Auf die Berufung hin hat das OVG für das Land NRW die Klage abgewiesen.

Es stellte in der Entscheidung fest, dass es dabei bleibe, dass Beamten in der Bundesrepublik Deutschland kein Streikrecht zustehe. Des Weiteren wurde ausgeführt, dass sich auch aus der Europäischen Menschenrechtskonvention ein Streikrecht für deutsche Beamte nicht ableiten lasse.

Die Klägerin habe in vierfacher Hinsicht gegen Dienstpflichten verstoßen:

- Sie habe gegen die Dienstpflicht verstoßen, sich mit voller Hingabe ihrem Beruf zu widmen.

- Sie habe ihre Pflicht zu achtungs und vertrauenswürdigem Verhalten verletzt.
- Sie habe gegen die Dienstpflicht verstoßen, nicht ohne Genehmigung dem Dienst fern zu bleiben.
- Sie habe weiterhin gegen ihre Gehorsampflicht verstoßen.

All dies sei auch nicht durch höhere Rechtsgüter gerechtfertigt.

Zwar habe der Art. 9 Abs. 3 GG und die hier normierte Koalitionsfreiheit Geltung auch für Beamte. Sämtliche gewerkschaftlichen Betätigungsformen gelten vom Grundsatz her auch für Beamte. Allerdings unterliege dies verfassungsimmanenten Be-



Produktipp

Personal Mentor

Für Personaler und Führungskräfte im öffentlichen Dienst. Der neue kostenlose Info-Service verbindet Themen aus den Bereichen Führung und Institutionskultur mit der Verbesserung von Arbeitsabläufen und den dazu notwendigen Instrumenten.

Alle zwei Monate, in überschaubarer und verständlicher Form ohne versteckte Kosten.



[Mehr Informationen](#)



Der Blog zu Pro & Contra der Reform!

Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)

schränkungen. Diese ergeben sich hier aus Art. 33 Abs. 5 GG und den dort verankerten beamtenrechtlichen Strukturprinzipien.

Art. 33 Abs. 5 GG sei unmittelbar geltendes Recht und beinhalte einen Regelungsauftrag an den Gesetzgeber sowie eine institutionelle Garantie des Berufsbeamtentums. Was als hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums festgelegt sei, führe zur Unzulässigkeit von Beamtenstreiks. Dies, nämlich die Unzulässigkeit, sei ein hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums. Letztlich sei die historisch festgelegte Treuepflicht des Beamten prägendes Strukturmerkmal des Berufsbeamtentums und eine der tragenden verfassungsrechtlichen Säulen für ein Streikverbot.

Dies vertiefe sich durch die ebenfalls hergebrachten Prinzipien des Alimentationsprinzips und des Lebenszeitprinzips. Insbesondere würde die Besoldung der Beamten einseitig festgesetzt und sei nicht Gegenstand tariflicher Arbeitskämpfe. Zudem müsse die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes aufrecht erhalten bleiben.

Hieran ändere sich auch nichts dadurch, dass Beamte nicht durchgehend hoheitliche Aufgaben im Sinne der Eingriffsverwaltung übernähmen. Vielmehr würde das Beamtenverhältnis statusbezogen beurteilt. Die Rechte und Pflichten seien typisierend bestimmt und unabhängig von den konkreten Funktionen zu sehen.

Nach Wertungen des Grundgesetzes sei daher ein Streikrecht ausgeschlossen. Hieran ändere sich auch nichts durch die Inhalte des EMRK, insbesondere auch nicht durch Art. 11 EMRK.

Die EMRK stünde im Range eines Bundesgesetzes. Damit seien die Inhalte kein unmittelbarer verfassungsrechtlicher Prüfungsmaßstab, sondern eine Orientierungshilfe. Die Grenzen der Auslegung ergäben sich aus dem Grundgesetz. Art. 11 EMRK bestimme zwar das Recht, Gewerkschaften zu gründen und diesen beizutreten. Ein Streikrecht sei allerdings ausdrücklich nicht enthalten.

Hierzu ergangene Urteile (insbesondere Urteile gegen die Türkei) seien teilweise deswegen nicht verwertbar, da der jeweilige Status der Kläger nicht

mit dem deutschen Status vergleichbar sei. Oft ginge es hier auch um den öffentlichen Dienst insgesamt. Eine bewusste Entscheidung im Hinblick auf Beamte sei hier nicht getroffen.

Selbst wenn man davon ausgehe, dass ein Streikrecht dem Grunde nach aus dem EMRK resultiere, würde diesem für deutsche Sachverhalte jedoch Art. 33 Abs. 5 GG widersprechen. Dieser stünde über dem Status des einfachen Rechts der EMRK.

Anderes ergebe sich auch nicht aus dem sogenannten ILO-Übereinkommen. Dieses habe ebenfalls keine über den Rang eines einfachen Bundesgesetzes hinausgehende Wirkung.

Auch eine Einstellung des Verfahrens komme nicht in Betracht. Es gebe hier keine Gründe das Verfahren wegen „Verstoßes gegen die EMRK“ einzustellen. Des Weiteren würde eine derartige Vorgehensweise das Disziplinarrecht mehr oder weniger sinnlos machen, da es letztlich zur Konsequenz hätte, dass sich Beamte bewusst und schuldhaft dienstpflichtwidrig verhalten dürften. Die speziell und generalpräventive Zielsetzung des Disziplinarrechts würde nicht mehr greifen. Demnach beinhalte das Urteil des VG Düsseldorf einen „Zirkelschluss“.

5. Fazit

Jedenfalls nach dem ausführlich begründeten Urteil des Oberverwaltungsgerichts für Land Nordrhein-Westfalen ergeben sich auch durch die Entscheidungen des EGMR keinerlei Änderungen für das Streikrecht der deutschen Beamten. Demnach bleibt es dabei, dass streikende Beamte mit Disziplinarmaßnahmen belegt werden können.

Markus Pferinger

Rechtsanwalt

II. Neues auf Rehmnetz

News:

[Mehr Pensionäre bei Bund, Ländern und Gemeinden](#)

[Seminar zum BEM](#)

III. Beamten-Blog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Tragen von Polizeiuniform außerhalb des Dienstes](#)

[Fürsorgepflicht – was ist das?](#)

[Gerechte Arbeitsverteilung im öffentlichen Dienst](#)